



Wirtschaftspolitik

Gotthardt: "Die sichere Versorgung mit Arzneimitteln und Medizinprodukten hat höchste Priorität"

27. März 2025

Am 26. März 2025 fand in der Bayerischen Landesvertretung in Berlin der Dialog der Länder Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz mit der industriellen Gesundheitswirtschaft Süd statt. Rund 100 Vertreterinnen und Vertreter aus Unternehmen, Verbänden und Politik nahmen teil. Die Veranstaltung bildete den Auftakt für einen länderübergreifenden Austausch.

Die industrielle Gesundheitswirtschaft (iGW) umfasst die Pharmaindustrie, die Medizintechnik, Diagnostik und Start-ups in den Bereichen eHealth und Künstliche Intelligenz. In Deutschland ist die iGW eine zentrale Leitindustrie, die entscheidend zur wirtschaftlichen Stärke und Innovationskraft des Landes beiträgt. Mit Investitionen von etwa 15 Prozent in Forschung und Entwicklung und rund einer Million krisensicheren und hochqualifizierten Arbeitsplätzen stellt die iGW einen bedeutenden Wirtschaftssektor dar. Besonders viele Unternehmen aus den Bereichen Pharma, Medizintechnik und Diagnostik haben bedeutende Standorte in Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz – diese Länder bilden die Herzkammer der industriellen Gesundheitswirtschaft.

Tobias Gotthardt, Staatssekretär im Bayerischen Wirtschaftsministerium: „Die sichere Versorgung mit Arzneimitteln und Medizinprodukten hat höchste Priorität. Bayern ist Pharmaland. Und damit der Freistaat weiter ein Standort für Produktion, Forschung und Entwicklung bleibt, setzen wir seit 2015 auf einen vertrauensvollen Dialog mit der Pharmabranche und erarbeiten gemeinsam Maßnahmen für eine bessere Regulierung. Diesen Weg setzen wir jetzt beim Dialog der der industriellen Gesundheitswirtschaft fort, im Schulterschluss mit den starken iGW-Standorten Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz. Eine wichtige Stellschraube sehen wir bei der deutschen Preisregulierung von Arzneimitteln. Hier muss dringend nachjustiert werden. Zudem muss die EU die MDR, die Kommunalabwasser-Richtlinie

und das Pharmapaket auf den Prüfstand stellen.“

„Die Gesundheitswirtschaft zählt nicht nur bei uns in Baden-Württemberg zu den Leitbranchen. Die Branche gewinnt zunehmend, aufgrund der Bedarfe der Gesellschaft sowie der ungeheuren Entwicklungspotenziale bei Digitalisierung und künstlicher Intelligenz, an Bedeutung“, betonte Michael Kleiner, Ministerialdirektor im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Baden-Württemberg. „Diverse große Herausforderungen wie die für Unternehmen umsetzbare und planungssichere Ausgestaltung zahlreicher regulatorischer Anforderungen erfordern neben der gezielten Förderung von Forschung und Entwicklung ein gemeinsames Engagement und Zusammenwirken.“

„Die industrielle Gesundheitswirtschaft ist eine tragende Säule in unserem Bundesland“, sagt der hessische Staatssekretär Umut Sönmez und stellt die wirtschaftliche Bedeutung, den Wohlstand und die Arbeitsplätze in unmittelbaren Zusammenhang mit einer guten und sicheren Versorgung der Menschen in Hessen, Deutschland und Europa. „Es ist wichtig für den Produktionsstandort Deutschland, die Resilienz unserer Wirtschaft zu stärken, die Digitalisierung voranzutreiben und innovationsfreundliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Bevorstehenden Wandel gilt es dabei sozial zu gestalten.“

„Investitionen in moderne Produktionskapazitäten und eine bessere Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft sind entscheidend, um Innovationen schneller in die Anwendung zu bringen. Diese Weichen haben wir in Rheinland-Pfalz frühzeitig gestellt. Im Ergebnis können wir auf erfolgreiche Ansiedlungen von führenden Unternehmen aus dem Bereichen Pharma, Biotechnologie und Wissenstransfer, wie bspw. Eli Lilly, Novo Nordisk oder die Entscheidung von Kadans blicken. Gleichzeitig stärken wir Familienunternehmen wie Boehringer Ingelheim, eines der führenden forschenden Pharmaunternehmen in Deutschland, das dem Standort Rheinland-Pfalz seit vielen Jahren die Treue hält. Die positive Entwicklung spiegelt sich ebenso in der Bruttowertschöpfung der Gesundheitswirtschaft in Rheinland-Pfalz von rd. 20,2 Mrd. Euro im Jahr 2023 sowie der Anzahl der Erwerbstätigkeiten von rund 14% der Gesamtwirtschaft wider. Um den Innovationsstandort Deutschland international wettbewerbsfähig zu halten, braucht es weniger bürokratische Hürden und schnellere Zulassungsverfahren. Auch die Biotechnologie bietet enormes Potenzial, das durch eine ambitionierte nationale Strategie weiter gestärkt werden muss“, betonte die rheinland-pfälzische Staatssekretärin Petra Dick-Walther.

„Der Zeitpunkt ist ideal, denn nicht nur die bisherige Bundesregierung hat die iGW als strategische Schlüsselbranche positioniert. Auch die Erwähnung in den Papieren zum Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD zeigt, dass die Bedeutung der Gesundheitswirtschaft als stabilisierender Faktor für die Gesamtwirtschaft erkannt wird. Das heutige Zusammentreffen verdeutlicht das nur noch mehr. Um unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, rufe ich die neue Bundesregierung dazu auf, eine umfassende, übergreifende Strategie für das deutsche

Gesundheitswesen zu entwickeln", so Prof. Dr. Hagen Pfundner.

„Gemeinsam müssen wir Überregulierung als Ursache für Abwanderung von Innovation, Produkten und Produktion verstehen, was im Ergebnis zu weniger Resilienz und zu einer schlechteren Gesundheitsversorgung führt“, betont Dr. Martin Leonhard für das Medizintechnikunternehmen KARL STORZ SE & Co. KG.

Große iGW-Unternehmen aus dem Pharma-, Medizintechnik- und Diagnostik-Bereich aus Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz haben sich vergangenes Jahr zu einer „Unternehmensinitiative industrielle Gesundheitswirtschaft Süd“ zusammengeschlossen, um mit den Landesregierungen in den Dialog zu treten.

Pressemitteilung-Nr. 100/25



Bayerns Staatssekretär Tobias Gotthardt (erster von rechts) gemeinsam mit den Vertretern der anderen Länder und der Gesundheitswirtschaft bei der Auftaktveranstaltung in Berlin. Foto: StMWi / Christian Kruppa